

17. Juli



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIV/157 - 17. Juli 1959

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0586890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 3	Wieder einmal festgefahren? Günter Markscheffel berichtet aus Genf	94
4 - 5	"Die Bedeutung des demokratischen Sozialismus für die Frau von heute" Von Marianne Pollack	76
6	Die Wiener Library in London Eine wichtige Forschungsstätte über Deutschlands Vergangenheit	44
7	Die Wahrheit, und nichts als die Wahrheit Das Ergebnis eines Rechtsstreites	38

* * *
* *

Wieder einmal festgefahren ?

Günter Markscheffel berichtet aus Genf

Niemand zweifelt hier nach der langen Sitzung der Außenminister vom Donnerstagnachmittag noch daran, daß auch die zweite Phase der Genfer Konferenz in eine Sackgasse geraten wird, wenn es nicht gelingen sollte, in der Frage eines gesamtdeutschen Ausschusses zu einem Kompromiß zu gelangen.

Der Vorschlag Herters, unter anderem zur Kontrolle subversiver Tätigkeiten in Berlin einen UNO-Ausschuß einzuschalten, klingt zwar nicht schlecht, ist jedoch in vielen Beziehungen problematisch. Ein solcher Ausschuß müßte nämlich - wenn er überhaupt einen Sinn haben soll - Einblick in die Spionagetätigkeit von Ost und West erhalten, er müßte unter Umständen auch militärische Anlagen kontrollieren können - kurz, er müßte die Tätigkeit der Geheimdienste überwachen. Wer im Ernst daran glaubt, daß sich die Mächte in ihre Karten blicken lassen, der soll es ruhig sagen ...

Etwas anderes wäre es, wenn solch ein UNO-Ausschuß dazu berufen werden könnte, öffentliche Propagandaaktionen hüten und drüben zu kontrollieren und, wenn es notwendig erscheint, diese zu rügen. Aber was dann? Wer würde die Kompetenz haben, die Berechtigung einer Rüge festzustellen, und wer die Autorität, bestimmte Aktionen abzustopper?

Man muß befürchten, daß sich Herr Herter die Sache etwas zu einfach gemacht hat. Praktisch ist jedenfalls "nicht viel drin" in seinem Vorschlag, ganz abgesehen davon, daß Gromyko Herrn Herters Anregung bereits abgelehnt hat. Wenn trotzdem der Vorschlag, die UNO einzuschalten, Gelegenheit zu einer Auflockerung der Situation bieten sollte, könnte er vielleicht nützlich sein. Allzu große Illusionen sollte man sich davon jedoch nicht machen,

* * *

Bei den westlichen Alliierten ist wieder eine Versteifung festzustellen. Sie wollen sich, nach den am Donnerstagsabend veröffentlichten offiziellen Reden zu urteilen, nicht auf die Diskussion über ein

17. Juli 1959

gesamtdeutsches Gremium einlassen, eine Forderung, die Gromyko jetzt umso hartnäckiger vertritt.

Das Hauptargument gegen die Bildung eines solchen Gremiums ist der Hinweis auf die dadurch erfolgende Anerkennung der DDR. Besonders Botschafter Grewe hat alle Überlegungen zur Bildung einer gesamtdeutschen Kommission zurückgewiesen. Er hielt die härteste Rede gegen alle Vorschläge, die in diese Richtung hin tendieren.

Auf die Frage eines Journalisten, warum gerade er so "hart" gesprochen habe, meinte Herr Grewe, das sei notwendig gewesen, um keine Illusionen aufkommen zu lassen. Allerdings, so räumte Grewe ein, könne er "auch anders". - Alles wartet jetzt auf dieses "anders".

* * *

Gromykos Standpunkt zum Fra_ enkomplex 'Gesamtdeutsches Gremium' ist unverändert geblieben. Während achtzehn Monaten soll das jetzige Berlin-Statut Gültigkeit behalten. In dieser Zeit tagt das gesamtdeutsche Gremium und erörtert den Friedensvertrag sowie die europäische Sicherheit. Sollten nach achtzehn Monaten keine Resultate erzielt werden, kann die Diskussion über das Berlin-Problem an dem Punkt wieder aufgenommen werden, an dem man jetzt steht.

Dagegen der Westen: Gesamtdeutsches Gremium bedeutet Anerkennung der DDR. Interimsstatut Berlin bedeutet Aufrechterhaltung der sowjetischen Drohung.

Alle guten Geister hoffen hier in Gen_ , daß zwischen diesen beiden Auffassungen ein Mittelweg gefunden werden kann. Welcher? - das ist noch ungewiß. Man spricht aber jetzt schon davon, daß die Entscheidung gerade über diese Frage auf der Gipfelkonferenz getroffen werden könnte.

* * *

Gromyko hat übrigens zu den Aufgaben des gesamtdeutschen Gremiums am Donnerstag eine interessante Bemerkung gemacht, die man sich einmal näher ansehen sollte, ehe man sie in die Rubrik "Kommt aus Moskau - wird abgelehnt!" klassiert.

Grozyko sagte, die Sowjetunion wolle die ehemaligen Siegermächte keineswegs aus ihrer Verantwortung für Deutschland entlassen. Die Deutschen sollten "unter sich" lediglich einen Friedensvertrag vorbereiten, die Siegermächte hätten, bevor es zum Vertrag selbst käme, immer noch das letzte Wort. Das sei logisch, und er verstünde überhaupt nicht, wie man in diesem Zusammenhang von einer Aufgabe der Zuständigkeiten und Rechte der Siegermächte reden könnte.

Noch nie hätten Besiegte einen Friedensvertrag allein gemacht; immer noch hätten die Siegermächte das letzte Wort gesprochen und damit auch die Verantwortung übernommen.

* * *

Der britische Außenminister Selwyn Lloyd bleibt - wie allseits behauptet wird, bemüht, "Punkte" zu sammeln. Gemeint sind die Punkte, die in den westlichen und östlichen Vorschlägen Ansätze zu Kompromissen bieten könnten. Ob ihm dies gelingt, ist fraglich; besonders dann, wenn Botschafter Grawe noch häufiger so "harte" Reden hält wie am Donnerstag.

A propos Grawe: Hier in Genf fragt man sich, ob es ausgerechnet Aufgabe der Deutschen sei, die härteste Sprache auf dieser Konferenz zu sprechen. Wäre es nicht klüger, etwas weniger zielbewußt den ohnehin schon tiefen Graben noch weiter zu vertiefen? Herr Grawe mag seine in Röhndorf festgelegte Taktik verfolgen, aber ob er damit einen Beitrag zur Überwindung der Spannung zwischen Ost und West leistet, darf man wohl bezweifeln.

* * *

Es mag manchen Leuten vielleicht auf die Nerven gehen, wenn man immer wieder darauf hinweist, mit welcher Geschicklichkeit das kleine Österreich, oft ganz auf sich allein gestellt, die Verhandlungen mit den Russen geführt hat, ehe es zum Staatsvertrag kam.

Wien hatte damals richtig erkannt, worauf es den Russen in Wirklichkeit ankam: Auf die Garantie, daß Österreich weder Axt noch Aufmarschgebiet in einer der Sowjetunion entgegenstehenden Militärallianz wird. Diese Erkenntnis wurde dann gewissermaßen das Leitmotiv der österreichischen Verhandlungstaktik. Wie man weiß, mit Erfolg.

Könnte Bonn nicht auch einmal etwas von Wien lernen? Zugegeben, harte Reden und Märsche sind zackiger und lauter als Walzer. Aber oft kommt man mit einem Walzer weiter als mit einem Marsch.

+ + +

"Die Bedeutung des demokratischen Sozialismus
für die Frau von heute"

Von Marianne Pollack

Marianne Pollack hielt auf der internationalen Frauerkonferenz in Hamburg eine Rede, von der wir folgenden wichtigen Auszug wiedergeben:

Keine andere Bewegung vermag uns Frauen mehr zu geben als der demokratische Sozialismus. Nur vom demokratischen Sozialismus können wir die freie Entfaltung der weiblichen Persönlichkeit erwarten. Das wissen wir - auch wenn wir in der Praxis noch weit davon entfernt sind, dass sich die Frauen als Persönlichkeiten wirklich voll entfalten.

Eine totale Umwälzung der Wissenschaft und Technik, eine gewaltige Umformung der internationalen, interkontinentalen, interrassischen Beziehungen hat im letzten Jahrhundert stattgefunden. Aber neben der neuen, fast bedächtigend fortschreitenden industriellen Revolution geht eine gesellschaftliche Revolution vor sich; das müssen wir demokratischen Sozialisten bewusst in uns aufnehmen und ebenso bewusst danach zu handeln suchen. Mit anderen Worten: Die Welt wird vorwärts getrieben vom sozialen Aufstieg der arbeitenden Menschen und vom nationalen Aufstieg der jungen Völker; neben diesen beiden Triebkräften liegt die dritte Kraft im grösseren Teil der Welt noch im geschichtlichen, im gesellschaftlichen Unterbewusstsein. Lassen wir uns nicht durch europäische und nordamerikanische Verhältnisse täuschen! Zwei Drittel der Menschheit steht wirtschaftlich, sozial und politisch noch am Anfang; die Frau ist hier Arbeitstier und Mutter von Söhnen. Selbst in den sogenannten entwickelten Ländern ist die selbständig denkende und handelnde Frau ein Produkt der jüngsten Geschichte. Die frauenfeindliche Gesetzgebung ist im Schwinden begriffen - aber die in Jahrhunderten anerzogene Selbstbeschränkung der Frau auf das Haus und die Familie besteht weiter.

Deshalb ist unsere erste Forderung: Die Frau hat das gleiche Anrecht auf Bewährungsmöglichkeiten in selbstgewählten Aufgaben wie der Mann. Und unsere zweite: Gleichen Start und freie Bahn auch den weiblichen Begabungen.

Die Zukunftshoffnung der Sozialistinnen geht in ganz anderer Richtung als die gefährliche Form der sogenannten "Gleichberechtigung" russischer Prägung es vorführt. U n s e r e Freiheit schliesst Verantwortung in sich; sie verpflichtet vor allem die geistige Frau, die

"Buchstaben-Gleichberechtigung" in die Praxis zu übertragen. Wir stellen damit eine Forderung an uns selbst: den Kampf gegen unsere eigene Unsicherheit und Schüchternheit aufzunehmen, um aus der heutigen Männergesellschaft eine menschliche Gesellschaft zu machen, in der die weibliche Persönlichkeit den ihr zukommenden Raum hat. Zum sozialdemokratischen Programm gehört, dass die Frau Anteil an dem Aufstieg der Menschheit haben soll; aber dazu muss sie auch erzogen werden. Die ungeheure Bedeutung der Erziehung für den demokratischen Sozialismus, der nicht auf Gehorsam, sondern auf Einsicht beruht, müssten gerade wir Frauen erkennen. Wir sollten deshalb auch Unterricht und Erziehung nicht konservativen Kräften überlassen. Vor allem sollten wir eine Erziehung zu echtem staatsbürgerlichem Bewusstsein fördern - Erziehung zu sozialer Verantwortung - Erziehung zur Überwindung des persönlichen und nationalen Egoismus, der Vorurteile aller
ort!

Die dringendsten Erziehungsaufgaben für uns Frauen im demokratischen Sozialismus sind:

In der Familie - Benachteiligung der Töchter zu beseitigen; im Haushalt - Berufsschulung der Mädchen für den modernen Haushalt, der Kraft, Zeit und Geld spart; die durch Technisierung des Haushalts gewonnene Freizeit soll richtig genutzt werden;

für die Mutterschaft - die Mutter muss sich nicht selbst aufgeben für ihre Kinder, und sie muss gleichberechtigt neben dem Vater stehen in rechtlicher Hinsicht, wie auch in bezug auf Alters- und Invalidenversicherung.

Im Beruf - gleicher Start, gleiche Entlohnung, gleicher Aufstieg; für die alleinstehende Frau - sie ist nach ihrer Leistung und nach ihrer Persönlichkeit zu werten;

für die Bäuerin - auch sie hat Anspruch auf einen technisierten Haushalt, auf moderne Wohlfahrtseinrichtungen, auf sozialpolitischen Schutz, auf einen Anteil an den Kulturgütern ihrer Zeit.

Vergessen wir nicht: Für zwei Drittel der Frauen auf der Welt sind unsere Gegenwartsforderungen noch unerreichbar ferne Zukunftsträume. Wir müssen ihnen helfen, sich selbst zu helfen. Für die Frauen des westlichen Kulturkreises aber ist zu sagen: Frauen wir uns endlich, wir selbst zu sein! Bemühen wir uns nicht krampfhaft, es den Männern "gleich" zu tun - bringen wir vielmehr endlich den Mut auf, der Gemeinschaft die Wesenszüge auch der weiblichen Staatsbürger ins Antlitz zu prägen. Machen wir Frauen doch aus dem Sozialismus eine den ganzen Menschen erfassende, erfüllende Überzeugung. Was die Religionen in das Jenseits verlegen, werde unsere oberste Aufgabe in dieser Welt: Der Anspruch jeden Erdenkindes auf Sicherheit, Freiheit und Glück! Das ist die Bedeutung des demokratischen Sozialismus für die Frau von heute. + + +

Die Wiener Library in London

H.G.S. - Als 1945 die Nazis aus Deutschland eine Trümmerstätte gemacht hatten, waren auch die Zeugnisse der reichen kulturellen Tätigkeit jüdischer Bürger, soweit es sich um urkundliches Material, Bücher, Bibliographien handelte, zum größten Teil vernichtet. Es ist heute sehr schwer, Einzelmaterial etwa über die Geschichte der jüdischen Gemeinde in Deutschland innerhalb der Bundesrepublik aufzufinden. Ein jüdischer Wissenschaftler, Dr. Alfred Wiener, aus Deutschland schuf in London während des Krieges und vor allem in den Nachkriegsjahren eine Bibliothek, die nicht nur bei allen Verfolgten des Naziregimes, sondern bei allen Bibliotheken der ganzen Welt hohe Achtung genießt: die "Wiener Library".

Ein Besuch in dieser Bücherei im Westen Londons zeigt die rege Umsicht, mit der hier vor allem Literatur, bibliographisches Material, Broschüren, Tageszeitungen gesammelt werden, die sich insbesondere mit der Geschichte des Nazismus, der Judenverfolgung, der jüdischen Kultur und Wissenschaft, des jüdischen Kultus und der Nachkriegsentwicklung in Deutschland befassen.

Heute schon ist diese Bücherei, die von zahlreichen bibliothekarisch erfahrenen Fachkräften bearbeitet wird, eine der wesentlichsten jüdischen Bibliotheken der Welt. Die deutsche Forschung und vor allem die Geschichtsforschung der jüngsten Zeit kommen ohne die Hand- und Präsenzbücherei Dr. Wieners gar nicht mehr aus. Freundlich und umsichtig helfen Wiener und seine Abteilungsleiter und Fachkräfte Wissenschaftlern und Publizisten aus vielen Nationen, die der Weg nach London führt, mit der Bereitstellung von zahlreichem Quellenmaterial.

Die Leiterin der Forschungsabteilung der Wiener Library, Dr. Eva Reichmann, Autorin des bekannten und soziologisch aufschlußreichen Werkes über die deutsche Intoleranz "Flucht in den Haß" gehört zu den bedeutendsten Forschern der jüngsten Vergangenheit, deren Folgen geistig immer noch nicht überwunden sind.

In den Räumen dieser Bibliothek findet man manche wehmütige Erinnerung an die große Zeit des Judentums in Deutschland, die für beide Teile zunächst so fruchtbar war: etwa das Bildnis des Berliner Rabbiners und Menschenfreundes Dr. Leo Baeck oder eine Radierung des letzten Vorsitzenden der "Berliner Jüdischen Gemeinde", Heinrich Stahl, der aus der Nazihaft nicht zurückkehrte, und an den heute der Heinrich-Stahl-Preis der Berliner Nachkriegsgemeinde erinnert. So ist aus dem Exil jüdischer Kultur deutscher Sprache hier in London eine bleibende Einrichtung gewachsen. Zugleich aber werden hier aufmerksam alle deutschen Äußerungen publizistischer Art gesammelt, die mit dem Teil der Geschichte zusammenhängen, aus dem das Verhängnis wuchs.

Die Wahrheit, und nichts als die Wahrheit

W.W. - Das Urteil im Rechtsstreit zwischen Dr. Arndt und dem CDU-Bundestagsabgeordneten Diel ist gesprochen. Herrn Diel wird darin untersagt, "gegen Dr. Arndt den Vorwurf der Verleumdung zu erheben, als ob der Antragsteller (Dr. Arndt) über den Inhalt eines von dem Antragsgegner (Diel) im Jahre 1952 im Zusammenhang mit den Verhandlungen über den Abschluß des Wiedergutmachungsvertrages mit Israel an den Bundeskanzler Dr. Adenauer geschriebenen Briefes wider besseres Wissen Behauptungen aufgestellt habe".

Herr Diel muß sich also vom Gericht bescheinigen lassen, daß Dr. Arndt die Wahrheit sagte, wenn er darauf hinwies, daß Diel einen Brief des Inhalts geschrieben habe: "Man bedauere es im deutschen Volke, daß Hitler nicht alle Juden vergast habe". Dr. Arndt, als sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter ganz besonders zur Wahrung der Interessen des deutschen Volkes verpflichtet, hatte allen Grund, eine solche Äußerung, noch dazu die eines Bundestagsabgeordneten, in die öffentliche Diskussion zu ziehen, die alles andere als geeignet ist, dem deutschen Volke das durch Hitlers Vernichtungswahn in der Welt verlorengegangene Ansehen zurückzugewinnen.

Was aber tat Herr Diel? Er fühlte sich zu Unrecht angesprochen, wies auf Dr. Arndt und behauptet, daß dieser ihn verleumde. Wegen dieser Anschuldigung von Dr. Arndt vor Gericht gezogen, versuchte Diel seine Erklärungen zu verharmlosen. "Allerdings, - lautet es im "Tatbestand" des Urteils, "habe er den Bundeskanzler in einem Schreiben vom 4. April 1952 vor einem zu großen Entgegenkommen des Israel-Vertrages gewarnt; dabei habe er lediglich bemerkt, ein Frankfurter Großkaufmann habe ihm kürzlich erklärt, man bedauere in Australien, daß Hitler zu viele Juden übriggelassen habe".

Selbst wenn man lediglich diese auf Verteidigung abgestellte Erklärung zum Gegenstand einer sorgfältigen Betrachtung macht, so entdeckt man darin sehr vieles, was nerals Äußerung eines deutschen Bundestagsabgeordneten sein dürfte. Was sich aber in einem Brief des Inhaltes, "Man bedauere es im deutschen Volke, daß Hitler nicht alle Juden vergast habe", auf welchen unverkennbaren Gesamtsinn der von Diel vorgelegte Brief an den Bundeskanzler vom 4. April 1952 hinausläuft, an politischer Aussage findet, inwieweit diese Aussage der Wahrheit entspricht, und ob sie von christlichem und demokratischem Geist erfüllt ist, das zu erwägen und zu entscheiden stellen wir der CDU anheim.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel